

Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2009

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

2009

Impressum

- Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion,
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin
- Quelle: forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH,
Umfrage-Redaktionsschluss: 30. März 2009
- Redaktion: Dr. Frank Zitka, dbb
- Layout: Marian-A. Neugebauer
- Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH
40231 Düsseldorf, Höherweg 278

Inhalt

Zum Geleit.....	7	
Datengrundlage.....	9	
1. Das Bild des öffentlichen Dienstes		
1.1 Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes.....	12	
1.2 Das Beamtenprofil.....	14	
1.3 Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.....	21	
1.4 Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Bediensteten.....	23	
2. Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst		
2.1 Inanspruchnahme von Behörden.....	28	
2.2 Bürger und Verwaltung.....	30	
3. Staat und Privatisierungen		
3.1 Die Rolle des Staats und das Ausmaß der Bürokratie.....	34	
3.2 Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?.....	37	
4. Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheiten und Erwartungen		
4.1 Zufriedenheit mit der Einkommenssituation.....	44	
4.2 Einschätzung der Arbeitsbedingungen.....	46	
5. Zusammenfassung.....		50



Zum Geleit

Mit der „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2009“ legen das Meinungsforschungsinstitut forsa und der dbb beamtenbund und tarifunion zum dritten Mal eine umfassende demoskopische Erhebung zu Kernthemen des öffentlichen Dienstes und staatlicher Aufgabenerfüllung vor. Damit bietet sich jetzt die Möglichkeit, Entwicklungslinien und Einstellungsänderungen im Urteil der Bürger über die staatlichen Leistungen und deren Garanten zu dokumentieren. Gleichzeitig können Veränderungen im Selbstbild der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nachgezeichnet werden.

Der Meinungstrend der letzten Jahre ist dabei eindeutig: Das Ansehen der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes bei der Bevölkerung wächst. Gleichzeitig wird die Rolle des Staates gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft zunehmend positiv bewertet. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat in der Bundesrepublik eine Rückbesinnung auf den Wert eines funktionierenden Staates und damit des öffentlichen Dienstes gebracht und die Diskussion um eine noch stärkere Deregulierung der Märkte und weitere Privatisierung von Staatsaufgaben abgelöst.

Wenngleich manche Urteile, Vorurteile und Klischees über den öffentlichen Dienst längerfristig Bestand haben und die Flexibilität, Bürgerorientierung und Leistungsbereitschaft, die längst Selbstverständlichkeiten im dienstlichen Alltag sind, immer noch nicht zufriedenstellend mit den rund 3,8 Millionen Beschäftigten des Staates in Verbindung gebracht werden, ist diese Trendwende ebenso deutlich erkennbar wie auch zu begrüßen.

Für zukünftige Diskussionen um eine weitere Modernisierung und Stärkung des öffentlichen Dienstes sind umfassende Daten genauso wichtig wie ein fairer Umgang mit den Themen und damit eine versachlichte Debatte. Hierfür liefert die Bürgerbefragung 2009 eine sehr gute Basis.

Berlin, im Juli 2009



(Peter Heesen)

– Bundesvorsitzender –



327.45
335.45
343.46
351.48
359.49

367.50
375.51
383.52
391.53

1
33
55
27
99
71
43

15
07
09

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH 2009 zum dritten Mal untersucht, wie die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland den öffentlichen Dienst wahrnehmen, welches Bild sich bei ihnen von den Behörden und ihren Bediensteten verfestigt hat, welche Erfahrungen sie mit Behörden gemacht haben und welche Erwartungen sie an den Staat als Dienstleister im Wettbewerbsumfeld mit privaten Anbietern öffentlicher Leistungen haben. Geprüft wurde 2009, wie schon in den beiden Vorjahren auch, inwieweit die Selbsteinschätzung der öffentlich Bediensteten mit der Einschätzung der Bevölkerung übereinstimmt bzw. davon abweicht. Die öffentlich Bediensteten wurden zudem nach der Zufriedenheit mit ihren Arbeitsbedingungen befragt.

Die Erhebungen für diesen dritten „öffentlichen Dienst-Monitor“ fanden 2009 bereits im März statt, um die Antworten und Einschätzungen der Befragten nicht durch die im Laufe des Jahres anstehenden Wahlkämpfe beeinflussen und durch die darin behandelten Themen überlagern zu lassen. Befragt wurden 2009 insgesamt 3.004 Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews. 1.001 der insgesamt Befragten waren Angehörige des öffentlichen Dienstes (466 Beamte; 535 Tarifangehörige). Die Auswahl der Befragten erfolgte wie in den Vorjahren nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger sowie die befragten Beamten und Tarifangehörigen ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung (ab 14 Jahre alt) sowie der im öffentlichen Dienst Beschäftigten darstellen.

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind somit lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. ± 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung bzw. der im öffentlichen Dienst Beschäftigten übertragbar. Die Ergebnisse des dritten „öffentlichen Dienst-Monitors“ werden so weit möglich mit den 2007 und 2008 ermittelten Befunden des ersten und zweiten Monitors verglichen, um so Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten.

Das Bild des öffentlichen Dienstes

1. Das Bild des öffentlichen Dienstes

1.1 Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

Die Bürger sind – darauf soll auch 2009 nochmals hingewiesen werden – durchaus an dem interessiert, was in der Welt und in Deutschland und an dem, was in der Politik passiert – auch wenn oft gegenteilige Unterstellungen zu hören sind.

Insofern stoßen auch Berichte über den öffentlichen Dienst bei den Bürgern auf entsprechendes Interesse. 2009 ist das Interesse am öffentlichen Dienst allerdings nicht ganz so groß wie 2008, als die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst recht spektakulär verliefen. 60 Prozent der Gesamtbevölkerung hatten 2008 nach eigenen Angaben in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen. 2009 sind es 54 Prozent. Dabei ist das Interesse am öffentlichen Dienst bzw. den Beamten 2009 wie schon 2007 und 2008 überdurchschnittlich groß bei den Selbstständigen, den über 45-Jährigen, den Anhängern der FDP und der Linkspartei sowie den oberen sozialen Schichten.

Deutlich geringer als der Durchschnitt aller Bürger interessieren sich auch 2009 die unter 30-Jährigen, die Arbeiter und die Nichtwähler für das, was über den öffentlichen Dienst berichtet wird.

Das Interesse der öffentlich Bediensteten an Vorgängen aus ihrem Tätigkeitsfeld ist erwartungsgemäß auch 2009 größer als das der „Durchschnittsbürger“. Dabei zeigen sich allerdings weiterhin deutliche Unterschiede im Grad des Interesses bei den Beamten und den Tarifangehörigen. Während sich 73 Prozent der Beamten für das Geschehen im Umfeld des öffentlichen Dienstes interessieren, ist das Interesse der Tarifangehörigen mit 55 Prozent weniger stark als bei den Beamten. Männer unter den öffentlich Bediensteten haben häufiger als Frauen etwas über den öffentlichen Dienst wahrgenommen.

> Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

	Es haben in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen					
	Bevölkerung			öffentlich Bedienstete		
	2007 %	2008 %	2009 %	2007 %	2008 %	2009 %
insgesamt	54	60	52	68	74	63
Beamte	–	–	–	76	82	73
Tarifangehörige	–	–	–	60	67	55
Arbeiter	45	50	47	–	–	–
Angestellte	53	61	57	–	–	–
Selbstständige	59	67	60	–	–	–
Männer	58	63	56	72	79	69
Frauen	51	57	48	64	70	58
14- bis 29-Jährige	41	46	40	48	55	52
30- bis 44-Jährige	50	56	52	66	73	60
45- bis 59-Jährige	63	71	62	72	81	67
60 Jahre und älter	64	68	56	82	67	61
Ost	56	59	53	62	74	61
West	54	60	52	69	74	64
Anhänger der:						
CDU/CSU	57	65	51	–	–	–
SPD	56	61	56	–	–	–
FDP	63	69	59	–	–	–
Grünen	59	70	55	–	–	–
Linkspartei	70	68	60	–	–	–
Nichtwähler	51	52	45	–	–	–

Die Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes war 2008 stark geprägt durch die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst (bzw. die mit dem Tarifaabschluss vereinbarten Einkommenserhöhungen) und die Streiks im öffentlichen Dienst (wobei der viel beachtete Streik der Lokführer von den Bürgern dem öffentlichen Dienst zugerechnet wurde). Insgesamt gaben 2008 55 Prozent derer, die Berichte über den öffentlichen Dienst wahrgenommen hatten, die Tarifrunde bzw. Streik an. 2009 ist der Anteil derer, die etwas von Tarifverhandlungen bzw. Streik wahrgenommen haben, auf 36 Prozent gesunken.

Angestiegen ist 2009 im Vergleich zu 2008 der Anteil derer, die Berichte über Lehrer, über die Beamten sowie über die Verwaltung vor Ort wahrgenommen haben. Einige rechnen auch ein Ereignis wie den Einsturz des Kölner Stadtarchivs dem öffentlichen Dienst zu.

Deutlich von 22 auf 11 Prozent zurückgegangen ist der Anteil derer, die negative Berichte über den öffentlichen Dienst bzw. Berichte über negative Erfahrungen, Unzulänglichkeiten oder bürokratische Hemmnisse wahrgenommen haben.

> Wahrgenommene Inhalte der Berichterstattung über den öffentlichen Dienst*

	Bevölkerung		öffentlich Bedienstete
	2008 %	2009 **) %	
Tarifrunde, Tarifabschluss	38	24	45
Streik im öffentlichen Dienst	17	12	6
allgemeine Besoldungsprobleme	6	12	11
Berichte über:			
Lehrer	4	7	9
Polizei	2	3	1
Post, Telekom, Bahn	4	8	1
Stadtverwaltung	–	4	–
Einsturz Kölner Stadtarchiv	–	1	–
generell negative Berichte	22	11	5
weiß nicht mehr	10	15	9

*) Basis: Diejenigen, die etwas über den öffentlichen Dienst gehört oder gelesen haben

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

1.2 Das Beamtenprofil

Bei allen generell noch bestehenden Vorbehalten gegen „die Beamten“ war das Profil der den Beamten von den Bürgern zugeschriebenen Eigenschaften schon 2007 und 2008 tendenziell eher positiv als negativ.

2009 ist dieses Profil noch positiver geworden. So bezeichnen 78 Prozent 2009 die Beamten als pflichtbewusst, 72 Prozent als verantwortungsbewusst, 70 Prozent als zuverlässig bzw. rechtschaffen, 64 Prozent als kompetent und 66 Prozent als hilfsbereit.

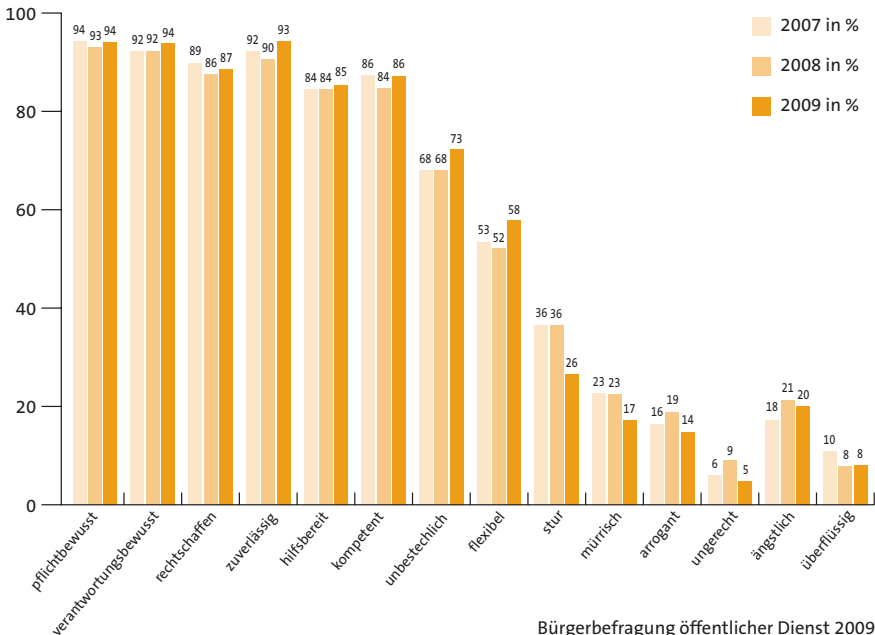
Die eher negative Eigenschaft „stur“ wird den Beamten 2009 nur noch von 48 Prozent zugewiesen. 2007 empfanden noch 54 Prozent der Bürger Beamte als stur. Als mürrisch oder arrogant bezeichnen 2009 noch 36 bzw. 33 Prozent die Beamten.

> Beamtenprofil 2009: Fremdbild

	Bevölkerung		
	2007	2008	2009
	%	%	%
pflichtbewusst	75	76	78
verantwortungsbewusst	70	71	72
rechtschaffen	67	67	70
zuverlässig	66	67	70
hilfsbereit	57	59	66
kompetent	59	60	64
unbestechlich	37	38	45
flexibel	28	28	34
stur	54	51	48
mürrisch	43	40	36
arrogant	41	40	33
ungerecht	26	21	20
ängstlich	20	20	20
überflüssig	24	22	20

Das Selbstbild der Beamten ist erwartungsgemäß auch 2009 freundlicher als das der Bevölkerung insgesamt. So ordnen sich die Beamten alle positiven Eigenschaften deutlich häufiger, fast alle negativen Eigenschaften deutlich seltener zu als die Bürger insgesamt. Eine Mehrheit der Beamten hält sich – anders als die Bevölkerung – auch für unbestechlich und flexibel.

> Beamtenprofil: Eigenbild



In den neuen Ländern haben die Beamten generell auch 2009 wie schon 2007 und 2008 ein etwas weniger freundliches Profil als in den alten Bundesländern.

Die jüngeren, unter 30 Jahre alten Bürger halten die Beamten häufiger als die älteren, über 60 Jahre alten Bürger für pflichtbewusst, verantwortungsbewusst und kompetent, aber auch für stur und mürrisch. Die älteren Bürger halten die Beamten hingegen für rechtschaffener, zuverlässiger und flexibler, aber auch für arroganter und ängstlicher als die jüngeren.

> Beamtenprofil 2009: Ost, West; Junge, Alte

	Ost	West	14- bis 29-Jährige	über 60-Jährige
	%	%	%	%
pflichtbewusst	72	79	82	76
verantwortungsbewusst	70	73	80	70
rechtschaffen	62	72	70	73
zuverlässig	60	72	67	74
hilfsbereit	66	66	66	68
kompetent	60	65	69	63
unbestechlich	41	46	43	42
flexibel	38	33	33	39
stur	45	48	55	46
mürrisch	37	36	42	31
arrogant	36	33	33	36
ungerecht	28	18	21	19
ängstlich	22	19	11	21
überflüssig	26	19	9	29

Nur eine Minderheit der Bürger (14 %) glaubt auch 2009 wie schon 2007 und 2008, dass das Ansehen der Beamten bei den Bürgern hoch sei. Der Anteil derer, die ein eher niedriges Ansehen der Beamten bei den Bürgern vermuten, ist 2009 mit 40 Prozent deutlich niedriger als noch 2007 mit 47 Prozent. In überdurchschnittlichem Maße vermuten die Selbstständigen, dass die Beamten in der Gesellschaft schlecht angesehen seien.

Während also viele wie in den beiden Vorjahren auch 2009 glauben, das Ansehen der Beamten bei den anderen sei eher gering, fällt das eigene Urteil auch 2009 nicht so negativ aus: 20 Prozent sagen von sich, die Beamten stünden bei ihnen in niedrigem Ansehen. 31 Prozent (mehr als 2008) halten hingegen 2009 viel von Beamten.

> Einschätzung des Ansehens der Beamten

	eingeschätztes Ansehen bei den Bürgern generell		persönliches Ansehen	
	hoch %	niedrig*) %	hoch %	niedrig*) %
Bevölkerung insgesamt: 2007	13	47	28	24
2008	13	44	27	20
2009	14	40	31	20
Beamte	13	43	58	2
Tarifangehörige	11	45	33	14
Arbeiter	13	33	26	27
Angestellte	11	40	26	19
Selbstständige	13	49	19	29
Behördenkontakt:				
häufig	12	41	32	17
selten	16	37	30	21
14- bis 29-Jährige	17	40	39	13
30- bis 44-Jährige	14	42	28	18
45- bis 59-Jährige	10	43	27	23
60 Jahre und älter	15	39	33	20

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders hoch noch besonders gering“

Die Befragten wurden auch 2009 gebeten, bei 29 Berufen anzugeben, wie hoch die jeweiligen Berufe bei ihnen angesehen sind.

Das höchste Ansehen genießt 2009 unverändert ein Feuerwehrmann, gefolgt vom Krankenpfleger sowie einem Piloten und dem Arzt. Das niedrigste Ansehen haben auch 2009 Versicherungsvertreter, Telekom-Mitarbeiter, Mitarbeiter einer Werbeagentur und Politiker.

Im Vergleich zu den letzten Jahren hat sich das Ansehen von Briefträgern, Dachdeckern, Lehrern und „Beamten“ deutlich, das von Feuerwehrmännern, Krankenpflegern, Lokführern, Müllmännern, Gewerkschaftsfunktionären und Politikern etwas verbessert. Deutlich negativer als in den Vorjahren werden 2009 Bankangestellte und Manager eingeschätzt.

> Ansehen einzelner Berufsgruppen

	2007	2008	2009	Veränderung 2009–2007
	%	%	%	
Feuerwehrmann	90	91	93	+ 3
Krankenpfleger	85	86	88	+ 3
Pilot	–*)	85	86	+ 1
Arzt	86	85	84	– 2
Richter	77	79	78	+ 1
Polizist	78	78	78	0
Lokführer	–*)	65	67	+ 2
Müllmann	63	64	67	+ 4
Lehrer	63	63	67	+ 4
Techniker	–*)	63	64	+ 1
Unternehmer	61	60	58	– 3
Anwalt	58	60	58	0
Dachdecker	58	57	62	+ 4
Briefträger	52	54	59	+ 7
Studienrat	53	52	53	0
Steuerberater	47	47	47	0
Journalist	47	45	46	– 1
EDV-Sachbearbeiter	43	41	39	– 4
Bankangestellter	38	41	36	– 2
Schaffner	36	39	38	+ 2
Sparkassenmitarbeiter	33	37	37	+ 4
Manager	37	36	28	– 9
Beamter	27	31	33	+ 6
Steuerinspektor	28	31	32	+ 4
Gewerkschaftsfunktionär	23	25	28	+ 5
Politiker	20	21	23	+ 3
Mitarbeiter in Werbeagentur	18	17	16	– 2
Telekom-Mitarbeiter	17	14	16	– 1
Versicherungsvertreter	11	12	12	+ 1

*) 2007 nicht abgefragt

Das Ansehen einzelner Berufsgruppen unterscheidet sich nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland. So haben die Lokführer, die Müllmänner, die Dachdecker, die Briefträger oder die Schaffner (also alles „Werkttätige“), aber auch die Lehrer und Ärzte ein deutlich größeres Ansehen in Ost- als in Westdeutschland. Richter, Steuerberater und Mitarbeiter in Werbeagentur hingegen haben im Osten des Landes ein niedrigeres Ansehen als im Westen.

> Ansehen einzelner Berufsgruppen

	Bevölkerung		öffentlich Bedienstete	
	Ost %	West %	Tarifangehörige %	Beamte %
Feuerwehrmann	96	92	93	92
Krankenpfleger	91	87	88	89
Pilot	88	85	88	86
Arzt	90	83	83	84
Richter	74	79	78	85
Polizist	78	78	81	84
Lokführer	75	65	68	67
Müllmann	73	65	67	63
Lehrer	80	63	64	69
Techniker	70	63	64	65
Unternehmer	59	58	54	53
Anwalt	57	58	57	46
Dachdecker	66	61	61	57
Briefträger	65	57	57	53
Studienrat	52	53	49	61
Steuerberater	43	48	44	38
Journalisten	44	47	46	43
EDV-Sachbearbeiter	43	38	43	47
Bankangestellter	41	35	35	31
Schaffner	45	36	39	35
Sparkassenmitarbeiter	40	36	38	35
Manager	26	28	22	19
Beamter	33	33	31	50
Steuerinspektor	32	32	31	36
Gewerkschaftsfunktionär	28	28	28	23
Politiker	21	24	18	18
Mitarbeiter in Werbeagentur	13	17	17	16
Telekom-Mitarbeiter	20	15	15	15
Versicherungsvertreter	12	12	9	6

Beamte haben bei den unter 30-Jährigen ein höheres Ansehen als in den anderen Altersgruppen. Das Ansehen ist 2009 bei Anhängern der SPD und der Linkspartei größer als bei den Anhängern der anderen Parteien.

> Ansehen der Beamten 2009

	%
insgesamt	33
14- bis 29-Jährige	42
30- bis 44-Jährige	30
45- bis 59-Jährige	28
60 Jahre und älter	30
Arbeiter	26
Angestellte	29
Selbstständige	21
Anhänger der: CDU/CSU	32
SPD	39
FDP	22
Grünen	36
Linkspartei	38

Es zeigt sich also auch 2009, dass nach wie vor viele Berufe aus dem Bereich der öffentlichen Dienstleistung, die in der Regel auch den Beamtenstatus haben, sehr hoch bewertet werden, während der „Beamte“ an sich demgegenüber ein geringeres Ansehen hat.

1.3 Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Den Befragten wurden wie schon 2007 und 2008 auch 2009 acht Aussagen über den öffentlichen Dienst vorgelegt:

1. „Die öffentliche Verwaltung ist viel zu stark aufgebläht und kostet zu viel.“
2. „Die öffentliche Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher.“
3. „Heutzutage wird viel zu viel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden.“
4. „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich.“
5. „Die öffentliche Verwaltung ist im Vergleich zur freien Wirtschaft viel zu schwerfällig.“
6. „Weil es heute immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt.“
7. „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger in gleichem Maße mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden.“
8. „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen.“

Zu jeder Aussage wurde der Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung ermittelt. Zwei der Aussagen („Starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“ und „Versorgung aller Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen“) können als Gradmesser interpretiert werden, in welchem Maße der Staat bzw. Dienstleistungen in öffentlicher Hand auch in der heutigen Zeit für erforderlich gehalten werden.

Die anderen sechs Aussagen beziehen sich eher auf die Einschätzung der Leistungsfähigkeit und der Effizienz des öffentlichen Dienstes.

Die Notwendigkeit öffentlicher Dienstleistungen wird 2009 in noch stärkerem Maße als schon in den Vorjahren gesehen: 82 Prozent halten eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich und 61 Prozent glauben, dass der öffentliche Dienst eine flächendeckende Versorgung garantiert.

Die Effizienz der öffentlichen Verwaltung wird zwar auch 2009 immer noch eher verhalten bewertet. Doch die Bürger bewerten auch die Effizienz 2009 freundlicher als 2007 und 2008.

> Staat und Bürokratie: Notwendigkeit und Effizienz

		2008	2009
		%	%
Notwendigkeit:			
– „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“	ja nein	76 22	82 17
– „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden“	ja nein	54 43	61 38
Effizienz:			
– „Die öffentliche Verwaltung ist zu aufgebläht und kostet zu viel“	ja nein	78 19	76 22
– „Die Verwaltung ist viel zu schwerfällig“	ja nein	81 16	78 19
– „Wenn es immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt“	ja nein	80 20	76 23
– „Es wird viel zu viel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden“	ja nein	75 24	72 27
– „Die Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher“	ja nein	58 35	63 28
– „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen“	ja nein	28 67	36 60

1.4 Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Bediensteten

Den öffentlichen Bediensteten war als Teil der Gesellschaft 2007 und 2008 nicht verborgen geblieben, dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes von vielen Bürgern nicht allzu hoch eingeschätzt wird. 40 bzw. 37 Prozent glaubten in den letzten beiden Jahren, dass das Ansehen des öffentlichen Dienstes bei den Bürgern gering sei.

2009 ist eine gewisse Änderung in dieser Einschätzung zu erkennen: Nur noch 29 Prozent glauben, dass das Ansehen des öffentlichen Dienstes gering sei.

> Vermutetes Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit

		Das Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit ist		
		groß %	„normal“ ^(*) %	gering %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	18	42	40
	2008	16	47	37
	2009	20	51	29
Beamte		17	49	34
Tarifangehörige		23	51	26
Ost		20	51	29
West		20	51	29

*) normal = weder besonders groß, noch besonders gering

> Entwicklung der Einschätzung des öffentlichen Dienstes

		Die Einstellung zum öffentlichen Dienst in der Öffentlichkeit ist in den letzten Jahren		
		freundlicher geworden	unverändert geblieben	unfreundlicher geworden
		%	%	%
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	14	54	32
	2008	16	50	34
	2009	16	56	28
Beamte		17	57	26
Tarifangehörige		15	56	29
Ost		8	9	33
West		18	56	26

Dass die Einstellung zum öffentlichen Dienst in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren freundlicher geworden sei, das glaubt auch 2009 wie schon 2007 und 2008 nur eine Minderheit der öffentlich Bediensteten. Weniger öffentlich Bedienstete als in den beiden Vorjahren aber glauben, die Einstellung zum öffentlichen Dienst sei in den letzten Jahren unfreundlicher geworden.

> Berichterstattung der Medien über den öffentlichen Dienst

		Die Medien berichten über den öffentlichen Dienst alles in allem	
		objektiv und neutral %	nicht objektiv und unfreundlich %*)
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	27	69
	2008	36	60
	2009	35	60
Beamte		31	67
Tarifangehörige		38	56
Ost		33	65
West		35	59

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Wie schon 2008 haben auch 2009 60 Prozent der öffentlich Bediensteten den Eindruck, die Medien in Deutschland würden über den öffentlichen Dienst in der Regel nicht objektiv und neutral, sondern wenig objektiv und unfreundlich berichten.

> **Einstellung der Politiker zum öffentlichen Dienst**

		Die Politiker haben für die besonderen Probleme des öffentlichen Dienstes Verständnis	
		ja	nein*)
		%	%
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	26	70
	2008	29	66
	2009	32	63
Beamte		35	62
Tarifangehörige		31	64
Ost		31	63
West		33	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise und der daraus resultierenden „Renaissance“ des lange Zeit eher negativ bewerteten „Öffentlichen“ nimmt der Anteil der öffentlich Bediensteten 2009 im Vergleich zu den Vorjahren eher zu, die sich bei den politischen Akteuren Verständnis für die Belange des öffentlichen Dienstes erhoffen.

> **Parteien und öffentlicher Dienst**

Die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt am besten:	öffentlich Bedienstete insgesamt		Beamte	Tarifangehörige	Ost	West
	2008	2009				
	%	%				
CDU/CSU	22	23	28	18	27	22
SPD	20	21	20	22	12	23
FDP	5	4	4	4	1	5
Grüne	2	2	1	2	1	2
Linkspartei	2	2	1	2	6	1
keine Partei	49	48	46	52	53	47

Allerdings glaubt nach wie vor rund die Hälfte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, dass derzeit keine der politischen Parteien die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt. Von der Union glauben dies 2009 22, von der SPD 21, von den sonstigen Parteien 8 Prozent. Beamte glauben auch 2009 eher als Tarifangehörige, dass die Union die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt.



Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst

2. Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst

2.1 Inanspruchnahme der Behörden

Behörden werden von den Bürgern in großem Umfang in Anspruch genommen. So geben auch 2009 fast 80 Prozent aller Bürger an, Kontakt mit einer Behörde gehabt zu haben. Häufigen Kontakt (mindestens einmal pro Monat) hatten 23 Prozent.

> Behördenkontakte

	Es hatten im letzten Jahr Kontakt mit Behörden			Es haben häufig Kontakt (mind. 1-mal pro Monat)		
	2007 %	2008 %	2009 %	2007 %	2008 %	2009 %
Bevölkerung insgesamt	84	77	77	28	25	23
Ost	81	76	78	36	31	25
West	85	77	77	27	23	23
14- bis 29-Jährige	90	83	85	34	32	28
30- bis 44-Jährige	94	87	90	37	31	27
45- bis 59-Jährige	91	80	84	36	24	30
60 Jahre und älter	73	64	63	15	16	14
Arbeiter	94	70	72	24	22	17
Angestellte	94	85	86	33	26	25
Selbstständige	97	92	90	56	49	54
Rentner	69	62	62	13	14	12
„Arme“ ^(*)	72	73	74	22	25	25
„Reiche“ ^(**)	94	87	86	38	31	31
Oberschicht	96	88	89	40	33	35
obere Mittelschicht	87	86	82	30	29	23
mittlere Mittelschicht	88	76	78	30	22	18
untere Mittelschicht	70	63	61	15	18	18
Unterschicht	61	52	56	21	18	20

^(*) Haushaltsnettoeinkommen unter € 1.000

^(**) Haushaltsnettoeinkommen über € 3.000

Ältere Menschen (und damit die Rentner) oder die ärmeren und unteren sozialen Schichten nehmen nach wie vor Behörden in geringerem Maße in Anspruch als jüngere, reichere oder den oberen sozialen Schichten angehörende Bürger. Besonders häufig und intensiv haben die Selbstständigen Kontakte mit Behörden. Die meisten Kontakte hatten die Bürger auch im letzten Jahr mit der Kommunalverwaltung. Dabei entfielen 31 Prozent der Kontakte mit der Stadtverwaltung auf An-, Um- bzw. Abmeldevorgänge in den Einwohnermeldeämtern bzw. den Kfz-Zulassungsstellen.

31 Prozent entfielen auf Kontakte mit den „Leistungsverwaltungen“ vor Ort (ob Bau- oder Ordnungsamt; Jugend-, Sozial-, Gesundheits- oder Schulamt; Kataster- oder Gewerbeamt etc.).

Mit der Finanz- und Steuerverwaltung hatten 35 Prozent im letzten Jahr zu tun. Kontakt zu Rechts- und Ordnungsbehörden (Polizei, Gericht, Staatsanwaltschaft etc.) hatten 16 Prozent. 9 Prozent hatten Kontakt mit der Arbeitsverwaltung.

> Behördenbesuche

Es hatten im letzten Jahr zu tun mit:	Bevölkerung insgesamt	
	2008 %	2009 %
Kommunalverwaltung:		
– Stadtverwaltung allgemein	21	17
– Leistungsverwaltung	32	26
– Meldebehörden	30	31
– Kreisverwaltung	5	6
Finanzverwaltung	36	35
„Recht und Ordnung“	17	16
Arbeitsverwaltung	10	9

2.2 Bürger und Verwaltung

Die Mehrheit der Bürger, die im letzten Jahr eine Behörde aufgesucht hatten, haben alles in allem eher positive Erfahrungen gemacht.

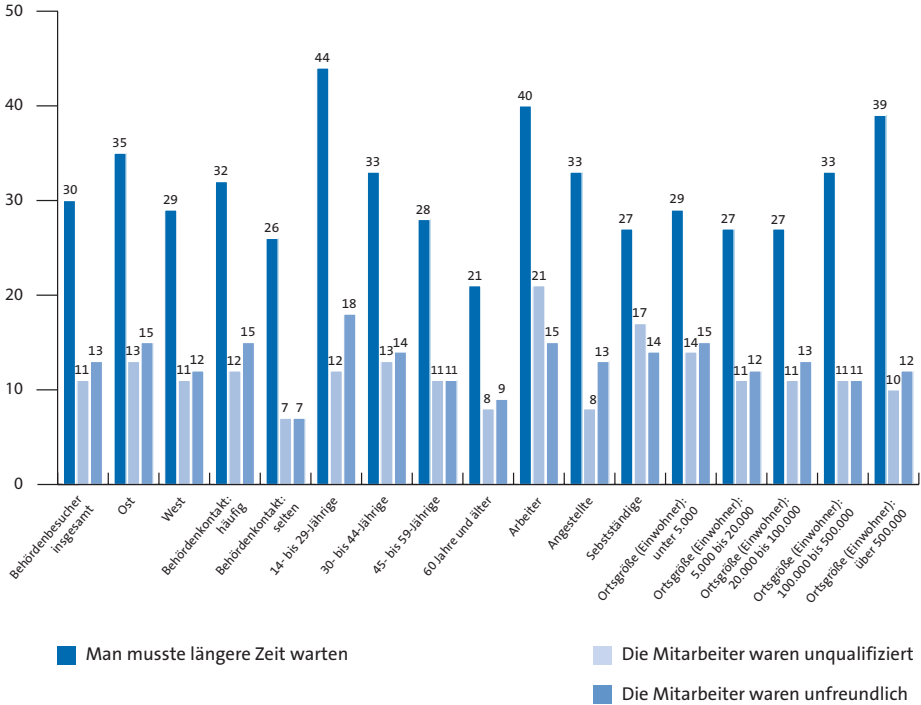
So meinen wie schon in beiden Vorjahren die meisten Behördenbesucher (84 %), die Mitarbeiter seien freundlich gewesen. 68 Prozent sagten, ihre Angelegenheit sei sofort bearbeitet worden und 86 Prozent (mehr als 2007 und 2008) hatten den Eindruck, dass die Mitarbeiter für ihre Tätigkeit qualifiziert waren.

> Erfahrungen mit dem öffentlichen Dienst

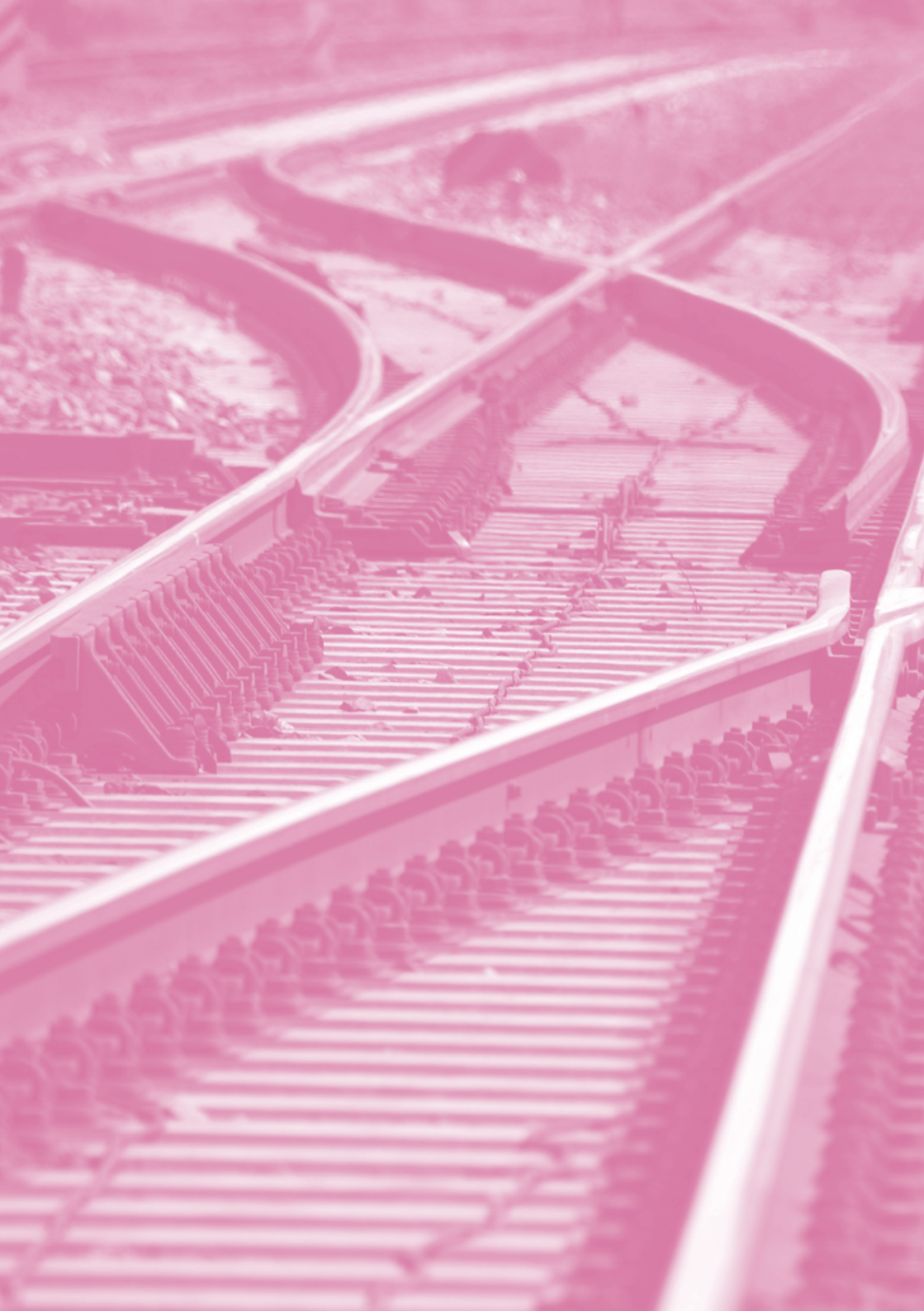
	Behördenbesucher*)		
	2007 %	2008 %	2009 %
Die Angelegenheit wurde sofort bearbeitet:			
– ja	68	64	68
– man musste längere Zeit warten	30	34	30
Die Mitarbeiter waren für ihre Tätigkeit qualifiziert und ausgebildet:			
– gut	79	82	86
– weniger gut, schlecht	15	14	11
Die Mitarbeiter waren freundlich:			
– ja	83	84	84
– nein	14	14	13

*) Basis: Diejenigen, die im letzten Jahr Kontakt mit Behörden hatten

> Erfahrungen mit Behörden



In überdurchschnittlichem Maße fühlten sich auch 2009 von den Behörden und ihren Bediensteten die Ostdeutschen, die jungen, unter 30 Jahre alten Bürger, die Arbeiter und diejenigen, die häufiger Kontakt mit Behörden haben, eher schlecht behandelt.



Staat und Privatisierung

3. Staat und Privatisierung

3.1 Die Rolle des Staates und das Ausmaß der Bürokratie

Den Befragten wurden auch 2009 wieder zwei Aussagen über die Rolle des Staates in der globalisierten Gesellschaft vorgelegt. Die eine lautete, dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat brauche, weil der Markt letztendlich schon alles richten werde. Die zweite lautete, dass man gerade in einer globalisierten Gesellschaft einen starken Staat brauche, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen könne.

Der Auffassung, dass man heute immer weniger Staat brauche, stimmen 2009 noch weniger Bürger zu als schon 2008 und 2007. Die Zustimmung liegt in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen – mit Ausnahme der FDP-Anhänger – unter 20 Prozent.

> Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft

	Es stimmen der Auffassung zu: In einer globalisierten Gesellschaft braucht man ...					
	... immer weniger Staat, der Markt wird alles richten			... einen starken Staat, der die Bürger vor aus- ufernden Entwick- lungen schützen kann		
	2007 %	2008 %	2009 %	2007 %	2008 %	2009 %
Bevölkerung insgesamt	17	16	13	66	70	76
Beamte	7	6	6	74	78	81
Tarifangehörige	14	12	8	74	78	78
Arbeiter	22	22	7	70	74	86
Angestellte	18	11	12	66	71	74
Selbstständige	24	22	17	55	57	68
Ost	21	15	11	67	76	81
West	16	16	14	66	69	75
Anhänger der:						
CDU/CSU	18	15	15	73	73	74
SPD	16	14	11	68	77	83
FDP	22	29	22	54	58	69
Grünen	12	9	5	64	69	77
Linkspartei	16	14	10	76	74	79

Der Auffassung, dass man gerade in einer durch zunehmende Globalisierung geprägten Gesellschaft einen starken Staat brauche, stimmen 79 Prozent aller Bürger zu: 9 Prozentpunkte mehr als 2008 und 13 Prozentpunkte mehr als 2007.

Gut zwei Drittel aller Bürger glauben aber, dass sich der Staat nicht mehr gegen die Interessen der international tätigen Konzerne durchsetzen kann, sondern die Wirtschaft letztendlich mache, was sie wolle. 2008 glaubten dies allerdings noch drei Viertel aller Bürger. In der gegenwärtigen Krise scheint also der Staat nach Einschätzung der Bürger wieder etwas mehr Handlungsspielraum gewonnen zu haben.

> Einfluss des Staates auf die Wirtschaft

		Der Staat kann sich noch gegen die Interessen der international tätigen großen Konzerne durchsetzen	
		ja %	nein, die Wirtschaft macht, was sie will %*)
Bevölkerung insgesamt: 2008		20	76
2009		28	68
Beamte		33	64
Tarifangehörige		27	69
Ost		22	76
West		29	66
14- bis 29-Jährige		33	63
30- bis 44-Jährige		29	67
45- bis 59-Jährige		26	70
60 Jahre und älter		24	72
Arbeiter		16	81
Angestellte		29	68
Selbstständige		34	61
Anhänger der: CDU/CSU		31	64
SPD		27	67
FDP		36	61
Grünen		33	65
Linke		19	80

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Obwohl eine klare Mehrheit der Bürger einen starken Staat befürwortet, beklagen 53 Prozent, dass es derzeit in Deutschland zu viel staatliche Bürokratie gebe. 2007 und 2008 waren noch 69 bzw. 62 Prozent dieser Meinung. 40 Prozent halten das Ausmaß der Bürokratie derzeit gerade für richtig; 4 Prozent meinen, es gäbe noch zu wenig Bürokratie in Deutschland.

> Meinungen zum Ausmaß der staatlichen Bürokratie in Deutschland

		Staatliche Bürokratie gibt es in Deutschland		
		zu viel %	gerade richtig %	zu wenig*) %
Bevölkerung insgesamt: 2007		69	24	4
2008		62	28	6
2009		53	40	4
Beamte		45	51	4
Tarifangehörige		60	33	5
Arbeiter		60	22	13
Angestellte		64	28	4
Selbstständige		77	15	5
Behördenkontakt:	häufig	57	34	5
	selten	58	33	5
Anhänger der:	CDU/CSU	61	31	5
	SPD	53	41	5
	FDP	77	19	2
	Grünen	56	38	5
Linkspartei		58	24	8

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2007 meinten 58 Prozent, 2008 50 Prozent, dass der öffentliche Dienst den Steuerzahler zu viel Geld koste. 2009 ist dieser Anteil auf 45 Prozent gesunken. Der Anteil derer, die meinen, der öffentliche Dienst koste die Bürger nicht zu viel Geld, ist von 37 Prozent im Jahr 2007 auf 48 Prozent im Jahr 2009 angestiegen.

> Meinungen zu den Kosten der Bürokratie

		Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld	
		ja	nein*)
		%	%
Bevölkerung insgesamt:	2007	58	37
	2008	50	45
	2009	45	48
Beamte		23	75
Tarifangehörige		32	61
Arbeiter		51	41
Angestellte		45	49
Selbstständige		55	39
Anhänger der:	CDU/CSU	45	49
	SPD	41	53
	FDP	57	39
	Grünen	39	54
	Linkspartei	43	49

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3.2 Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?

In der öffentlichen Diskussion wird von manchen immer wieder eine über den bisherigen Umfang hinausgehende Privatisierung weiterer bislang staatlicher Dienstleistungen gefordert.

Trotz aller Kritik an der Bürokratie teilten viele Bürger diesen Ruf nach mehr Privatisierung schon in den letzten beiden Jahren nicht. Die Privatisierungs-Skepsis ist seither eher noch größer geworden. So ist für fast alle Bürger unvorstellbar, dass hoheitliche Aufgaben wie die der Polizei, des Gerichtswesens oder des Strafvollzugs privatisiert werden könnten. Von der Finanzverwaltung, der Feuerwehr, den Schulen und der Rentenversicherung kann sich ebenfalls die große Mehrheit nicht vorstellen, diese Dienstleistungen zu privatisieren.

Der Anteil derer, die sich eine Privatisierung der Hochschulen und Krankenhäuser, der Müllentsorgung, der Arbeitsvermittlung, der Energieversorgung und des öffentlichen Nahverkehrs vorstellen können, ist 2009 im Vergleich zu den beiden Vorjahren zurückgegangen.

> Erledigung öffentlicher Aufgaben durch den Staat oder durch Privatfirmen?

	Die Aufgaben bzw. Dienstleistungen				
	sollten unbedingt im öffentlichen Dienst bleiben			könnten ebenso gut von Privatfirmen erledigt werden	sollten unbedingt privatisiert werden
	2007 %	2008 %	2009 %	2009 %	2009 %*)
Polizei	97	96	98	1	1
Gerichtswesen	96	95	96	3	1
Strafvollzug	92	91	92	5	2
Finanzverwaltung	85	84	84	12	2
Feuerwehr	83	83	86	12	2
Schulen	76	78	79	17	3
Rentenversicherung	70	71	72	20	6
Hochschulen	66	69	70	25	4
Krankenhäuser	61	63	63	29	7
Müllentsorgung	41	46	45	42	12
Arbeitsvermittlung u. -ämter	40	46	52	34	12
Energieversorgung	40	47	48	37	14
öffentlicher Nahverkehr	39	46	46	40	12
Theater, Museen	33	33	31	52	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

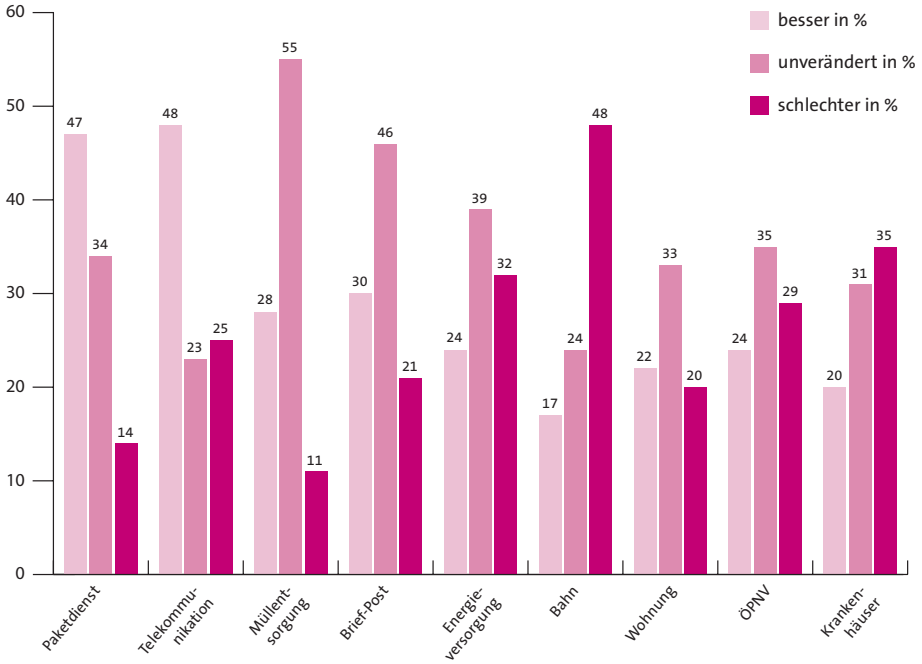
Dass bei den schon privatisierten bzw. z. T. privatisierten Dienstleistungen die Leistungen nach der Privatisierung besser geworden seien, glauben die meisten Bürger nicht. Lediglich beim Paketdienst und der Telekommunikation glauben einige (47 bzw. 48 Prozent), dass die Leistungen nach der Privatisierung besser geworden seien als beim früheren Staatsunternehmen Post.

In allen anderen Bereichen (Müllentsorgung, Post, Energieversorgung, Bahn sowie Wohnungen, öffentlicher Nahverkehr oder Krankenhäuser) sieht eine große Mehrheit keine Verbesserungen der Leistungen nach der Privatisierung. Bei der Bahn haben sogar 48 Prozent den Eindruck, die Leistungen seien nach der Teilprivatisierung schlechter geworden.

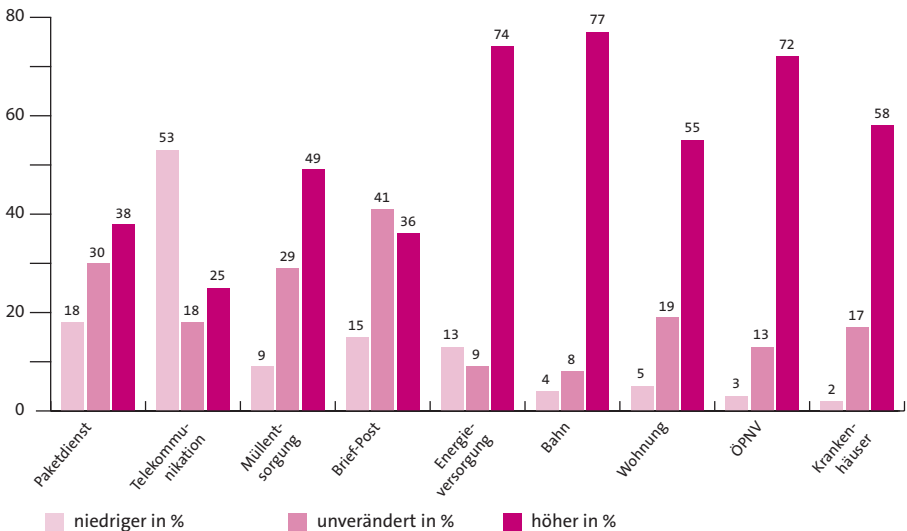
Dass die Leistungen nach der Privatisierung billiger geworden seien, das glaubt die Hälfte der Bürger nur für den Bereich der Telekommunikation. Aber auch hier glauben 25 Prozent, die Telekommunikationsdienstleistungen seien nach der Privatisierung teurer geworden und 18 Prozent sehen keine Veränderung der Preise. Bei der Müllentsorgung, den Krankenhäusern, den Wohnungen, dem öffentlichen Nahverkehr, der Bahn insgesamt und der Energieversorgung meint eine große Mehrheit, die Preise seien nach der Privatisierung gestiegen.

> Qualität und Kosten von Dienstleistungen nach der Privatisierung

Die Leistungen sind nach der Privatisierung



Die Kosten sind nach der Privatisierung



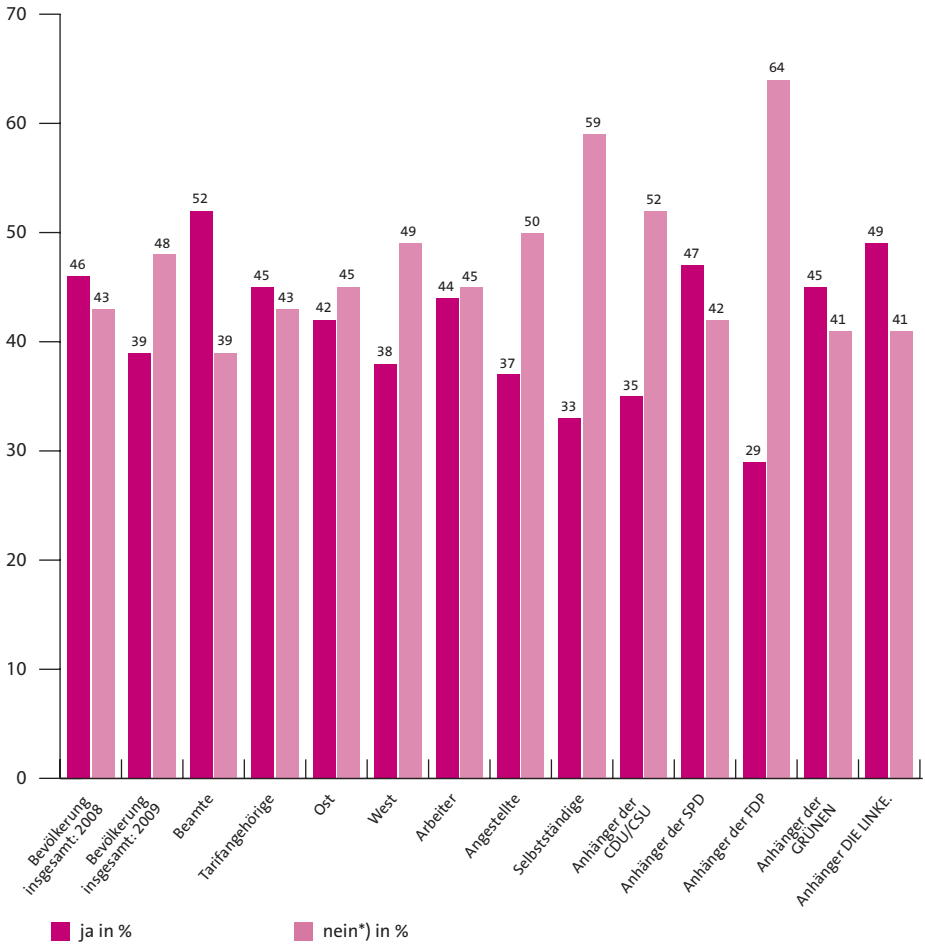
*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

39 Prozent aller Bundesbürger glauben, dass die jetzt privatisierten Unternehmen sich früher, als sie noch in Staatsbesitz waren, mehr um die Interessen der Menschen gekümmert haben als die privatisierten Unternehmen heute. 48 Prozent aber glauben, dass auch die staatlichen Unternehmen früher nicht mehr Rücksicht auf die Interessen der Menschen genommen hätten.

> Mehr Rücksicht auf die Interessen der Menschen bei staatlichen Unternehmen?

Die jetzt privatisierten früheren staatlichen Unternehmen haben früher mehr Rücksicht auf die Interessen der Menschen und ihrer Versorgung genommen

40



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen der Bürger mit privatisierten, früher vom Staat betriebenen Dienstleistungen plädiert 2009 weniger als ein Fünftel aller Bürger dafür, noch mehr öffentliche Dienstleistungen als bislang zu privatisieren. Die Hälfte hält das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen so wie heute für ausreichend und will keine weiteren Privatisierungen. Ein knappes Drittel plädiert sogar dafür, privatisierte Dienstleistungen wieder in den öffentlichen Dienst zu überführen.

Für weitere Privatisierungen sprechen sich wie schon 2007 und 2008 in überdurchschnittlichem Maße die Selbstständigen sowie die Anhänger der FDP aus.

> Meinungen zu weiteren Privatisierungen

	Es sollten noch mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden	Das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen sollte so bleiben wie jetzt	Privatisierte Leistungen sollten wieder in den öffentlichen Dienst überführt werden
	%	%	%)
Bevölkerung insgesamt: 2007	24	50	19
2008	18	52	25
2009	17	50	29
Beamte	10	52	34
Tarifangehörige	16	49	32
Arbeiter	16	50	31
Angestellte	25	46	26
Selbstständige	32	40	25
Ost	15	49	33
West	18	50	28
Anhänger der: CDU/CSU	22	50	26
SPD	11	57	30
FDP	32	46	19
Grünen	19	46	29
Linkspartei	7	29	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Seminare
Erhöhung
Geschäft
Büro
Anwerb
Le
Abhei

Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen

4. Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen

4.1 Zufriedenheit mit der Einkommenssituation

82 Prozent der öffentlich Bediensteten (und damit so viele wie schon 2007 und 2008) haben unverändert den Eindruck, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst im Vergleich zu denen in der freien Wirtschaft in den letzten Jahren weniger stark gestiegen seien. Die Beamten teilen diese Einschätzung noch häufiger als die Tarifangehörigen.

> Einschätzung der Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft sind die Einkommen im öffentlichen Dienst		
		stärker gestiegen %	in gleichem Maße gestiegen %	weniger stark gestiegen %*)
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	5	10	82
	2008	5	9	84
	2009	4	10	82
Beamte		2	8	88
Tarifangehörige		6	13	76
Ost		8	16	66
West		3	9	85

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Rund drei Viertel der öffentlich Bediensteten glauben 2009, dass in den nächsten Jahren die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst der der freien Wirtschaft hinterherhinken wird. Der Anteil ist 2009 etwas niedriger als 2007 und 2008.

> Vermutete Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft werden die Einkommen im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren		
		stärker steigen %	in gleichem Maße steigen %	in geringerem Maße steigen %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	3	13	84
	2008	4	15	80
	2009	4	19	74
Beamte		2	18	78
Tarifangehörige		6	19	71
Ost		7	20	69
West		4	18	75
14- bis 29-Jährige		5	20	72
30- bis 44-Jährige		7	20	70
45- bis 59-Jährige		3	18	75
60 Jahre und älter		4	13	78

Insgesamt glaubt auch 2009 wie schon 2007 und 2008 eine Mehrheit der öffentlich Bediensteten, dass das bezogene Einkommen im Vergleich zur freien Wirtschaft zu niedrig sei. Dies glauben nach wie vor vor allem die öffentlich Bediensteten in Westdeutschland und die Jüngeren.

> Angemessene Bezahlung im öffentlichen Dienst?

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft ist die Bezahlung im öffentlichen Dienst		
		zu hoch %	angemessen %	zu niedrig*) %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	2	42	53
	2008	2	40	56
	2009	2	43	53
Beamte		2	50	46
Tarifangehörige		2	37	58
Ost		2	52	42
West		1	41	55
14- bis 29-Jährige		2	35	63
30- bis 44-Jährige		2	42	54
45- bis 59-Jährige		2	45	50
60 Jahre und älter		0	45	51

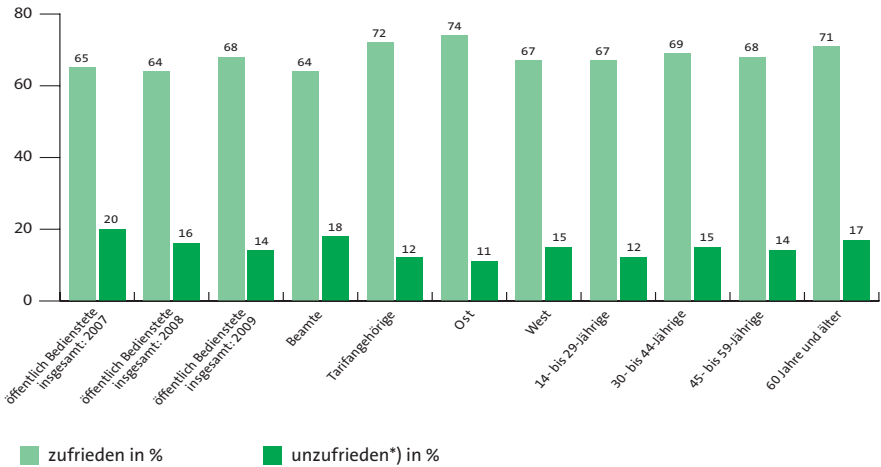
*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.2 Einschätzung der Arbeitsbedingungen

Mit ihren jetzigen Arbeitsbedingungen sind 2009 68 Prozent aller öffentlich Bediensteten zufrieden, 14 Prozent unzufrieden; die übrigen sind weder besonders zufrieden noch besonders unzufrieden. Damit ist der Grad der Zufriedenheit derzeit etwas größer als 2007 und 2008.

> Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

Es sind mit ihren Arbeitsbedingungen

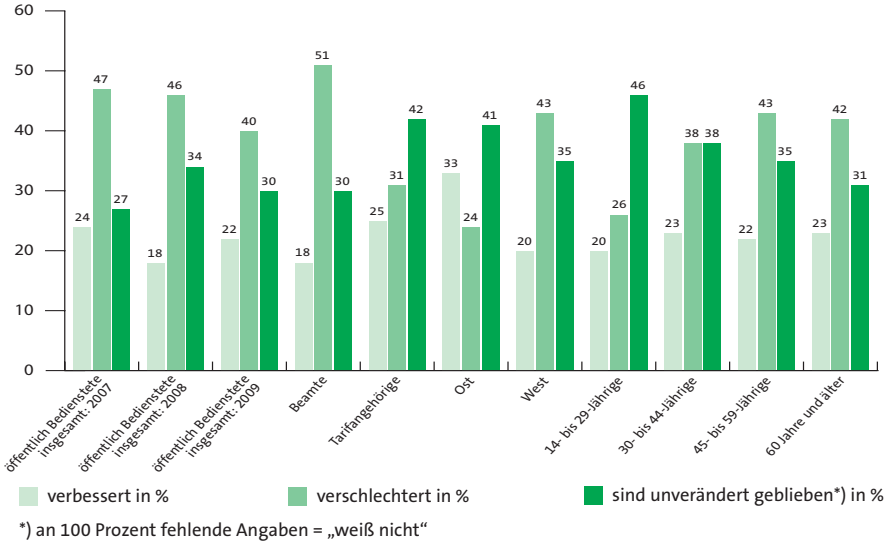


*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders zufrieden noch unzufrieden“

40 Prozent aller öffentlich Bediensteten (etwas weniger als in den beiden letzten Jahren) geben 2009 an, dass sich ihre Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren verschlechtert hätten. 22 Prozent (etwas mehr als 2008) sagen, ihre Arbeitsbedingungen hätten sich verbessert; bei 30 Prozent hat es keine Veränderungen gegeben.

> Entwicklung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren

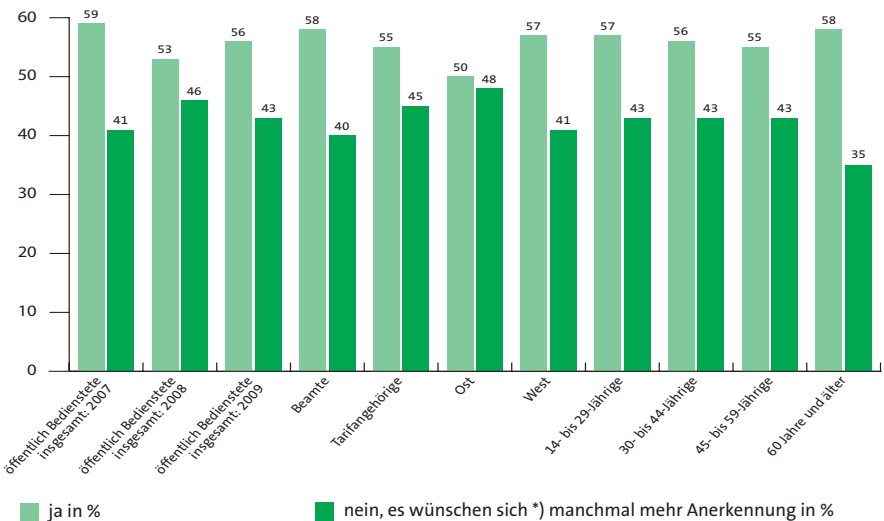
Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten Jahren



56 Prozent aller öffentlich Bediensteten (wieder mehr als im Vorjahr) haben den Eindruck, dass ihre Arbeit von den Vorgesetzten auch in ausreichender Weise gewürdigt wird. 43 Prozent haben diesen Eindruck nicht.

> Anerkennung durch Vorgesetzte?

Die Arbeit wird durch den Vorgesetzten in ausreichender Weise gewürdigt



60 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten (etwas mehr als 2008) halten den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger für attraktiv. 30 Prozent schätzen ihn als nicht so attraktiv, 10 Prozent als unattraktiv ein.

> Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger

		Der öffentliche Dienst ist für Berufseinsteiger		
		attraktiv	nicht so attraktiv	unattraktiv
		%	%	%
öffentlich Bedienstete	2008	57	33	10
insgesamt:	2009	60	30	10
Beamte		60	31	9
Tarifangehörige		60	29	11
Ost		63	26	11
West		59	31	10
14- bis 29-Jährige		56	34	10
30- bis 44-Jährige		66	24	10
45- bis 59-Jährige		58	32	10
60 Jahre und älter		54	36	10

64 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten halten 2009 die Aufstiegsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst im Vergleich zu denen in der Privatwirtschaft für schlechter. Das sind etwas weniger als vor einem Jahr.

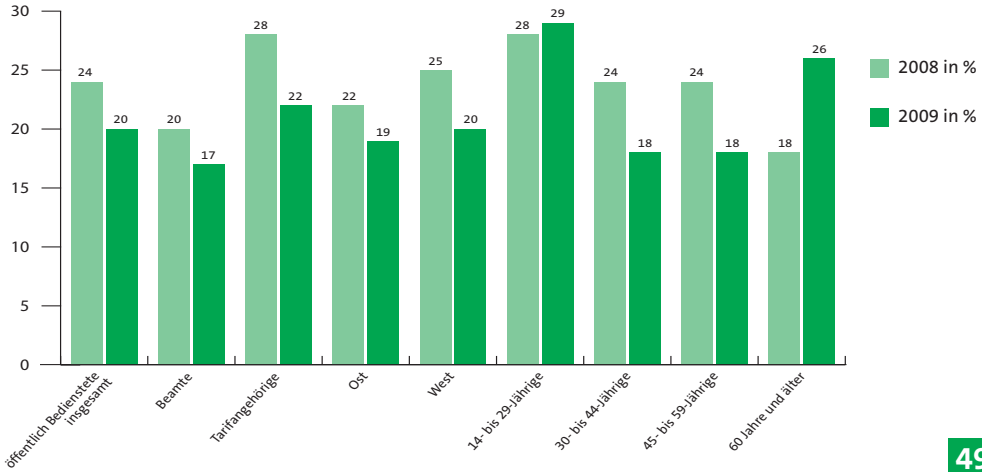
> Einschätzung der Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst

		Die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst sind im Vergleich zur Privatwirtschaft		
		besser	genauso	schlechter
		%	%	%
öffentlich Bedienstete	2008	7	23	70
insgesamt:	2009	7	26	64
Beamte		5	23	69
Tarifangehörige		9	28	60
Ost		8	34	51
West		7	24	67
14- bis 29-Jährige		11	30	59
30- bis 44-Jährige		8	27	63
45- bis 59-Jährige		6	26	66
60 Jahre und älter		6	20	66

Trotz der z.T. besseren Beurteilung der Arbeitssituation in der freien Wirtschaft würde nur ein Fünftel der öffentlich Bediensteten in Erwägung ziehen, in die freie Wirtschaft zu wechseln, wenn es dazu die Möglichkeit gäbe. 2008 hätte das noch ein Viertel in Erwägung gezogen.

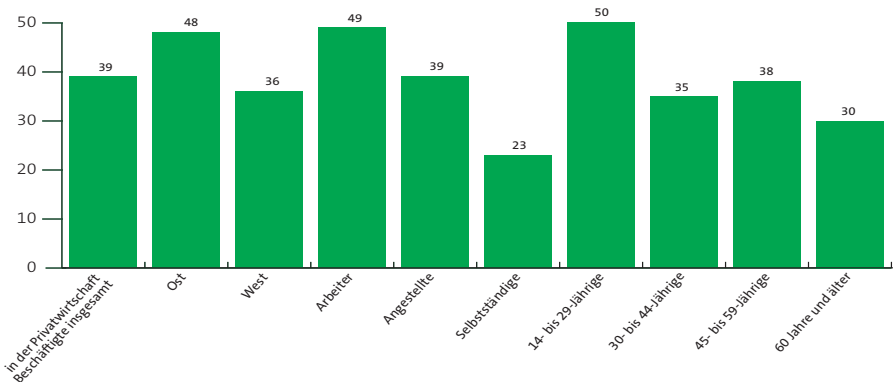
> Wechsel in die Privatwirtschaft?

Es würden in die Privatwirtschaft wechseln, wenn es die Möglichkeit dazu gäbe



> Wechsel in den öffentlichen Dienst (in der Privatwirtschaft Beschäftigte)

Es würden in den öffentlichen Dienst wechseln, wenn es die Möglichkeit dazu gäbe in %



Doppelt so viele der in der Privatwirtschaft Beschäftigten könnten sich umgekehrt vorstellen, in den öffentlichen Dienst zu wechseln. Dies deutet darauf hin, dass der öffentliche Dienst vor dem Hintergrund der aktuellen Krise an Attraktivität gewinnen zu scheint.

5. Zusammenfassung

Das Bild des öffentlichen Dienstes ist 2009 alles in allem weniger negativ als in den beiden letzten Jahren 2007 und 2008. Zwar gibt es bei den Bürgern nach wie vor Zweifel an der Effizienz des öffentlichen Dienstes, doch wird die Leistungsfähigkeit 2009 höher eingeschätzt als bislang. Und die Beamten werden deutlich freundlicher und weniger kritisch beurteilt.

Das deutlich positivere Bild des öffentlichen Dienstes mag auch darauf zurückzuführen sein, dass vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise dem Staat eine immer größere Rolle zugeschrieben wird. Die Erwartungen an einen starken Staat, der die Bürger vor den Ausuferungen und Auswüchsen in der globalisierten Welt schützen soll, sind in der Krise noch größer geworden als schon in den beiden letzten Jahren. Entsprechend ist die Skepsis gegen privatisierte öffentliche Leistungen noch größer geworden als schon zuvor. Die im öffentlichen Dienst Beschäftigten schätzen ihre eigene Lage auch 2009 ähnlich ein wie 2007 und 2008 und fühlen sich trotz der Krise im Vergleich zu den in der „freien“ Wirtschaft Tätigen nach wie vor benachteiligt. Allerdings würde nur eine Minderheit der öffentlich Bediensteten in die freie Wirtschaft wechseln wollen. Dagegen ist die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für die in der Privatwirtschaft Beschäftigten angesichts der Krise größer geworden.